

Call for Papers

Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung
Vol. 4, H. 1 (2027)

Staatsfinanzierung

Nachhaltigkeitsorientierte Vorschläge zur Bewältigung der Herausforderungen aktueller Transformationen

Herausgegeben von Irene Dingeldey (dingeldey@uni-bremen.de)
und Margit Schratzenstaller (margit.schratzenstaller@wifo.ac.at)

Die Diskussion zur Staatsfinanzierung wird seit Mitte der 1970er Jahre dominiert von Wachstumsschwäche und Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. In den 1980er Jahren standen angebotsökonomische Konzepte, seit Mitte der 1990er Jahre (neo-) liberale Reformagenden im Fokus. Die Steuerpolitik wurde dabei getrieben durch Strukturprobleme, Internationalisierung und Steuerwettbewerb. Im Zuge vielfältiger Reformen wurden in Deutschland Finanzbedarfe im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung durch die Erhöhung von Mehrwertsteuer und speziellen Verbrauchsteuern sowie den Solidaritätszuschlag gedeckt. Zudem stiegen die Sozialversicherungsbeiträge. Ab den 2000er Jahren wurden die Einkommen- und Unternehmenssteuern gesenkt, gleichzeitig allerdings die Abgeltungssteuer für Kapitalerträge eingeführt sowie Energiesteuern und Mehrwertsteuer ausgeweitet. Dabei ist die Bedeutung der vermögensbezogenen Steuern insgesamt weiter gesunken. Mit der nach der Finanzkrise gestiegenen Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen rücken in der öffentlichen und parteipolitischen Debatte daher zunehmend Verteilungsfragen in den Fokus der Staatsfinanzierung – so jedenfalls lässt sich die knappe Analyse des nunmehr über hundertjährigen Bestehens des deutschen Steuersystems von Stefan Bach (2019)¹ zusammenfassen.

Verschiedene Entwicklungen tragen seitdem dazu bei, dass die Finanzierungsbedarfe des Staates weiter steigen, während gleichzeitig die Finanzierungsstrukturen immer weniger zu den großen langfristigen Herausforderungen passen. Hier sind zunächst die Investitionsbedarfe im Zusammenhang mit der sozial-ökologischen Transformation zu nennen, die durch die überfälligen Investitionen in marode Infrastrukturen noch potenziert werden. Weitere Finanzierungsbedarfe ergeben sich vor dem Hintergrund zunehmender internationaler Konflikte in Form einer deutlichen Erhöhung der Rüstungsausgaben. Der aktuelle Umgang mit diesen Finanzbedarfen durch Verschuldung im Rahmen der „Sondervermögen“ ist hoch umstritten und sicherlich auch nicht nachhaltig für permanent steigende „Konsumausgaben“. Diese ergeben sich im Zuge des demografischen Wandels in Form steigender budgetärer Kosten in den sozialen Sicherungssystemen aufgrund der Alterung der Bevölkerung. Neben vielfältigen Vorschlägen zu Leistungskürzungen in allen Systemen fokussieren die Lösungsvorschläge bislang schwerpunktmäßig auf Umverteilung der Lasten innerhalb der Wohlfahrtsstaatsklientel, u.a. in Form der Culpapisierung spezifischer Gruppen wie Arbeitslosen oder Migrant:innen (siehe VAW Hefte 3 und 4/2025), und/oder zu Lasten der Lohnabhängigen, z.B. über

1 Bach, S. (2019), „100 Jahre deutsches Steuersystem: Grundlagen, Reformen und Herausforderungen“, DIW Wochenbericht 47.

die Erhöhung der Beiträge zu den Sozialversicherungen. Da demografiebedingt der Anteil der Erwerbstätigen in den kommenden Jahren massiv abnimmt und auch eine Erosion der stark auf Arbeitseinkommen beruhenden Finanzierungsbasis der sozialen Sicherungssystem durch veränderte Arbeitskräftebedarfe im Zuge der Digitalisierung nicht ausgeschlossen werden kann, erscheinen entsprechende systemimmanente Reformen der (Wohlfahrts-) Staatsfinanzierung jedoch nicht ausreichend, um sowohl eine bedarfsgerechte und ökologisch nachhaltige Infrastruktur als auch eine menschenwürdig gestaltete Daseinsvorsorge garantieren zu können.

Diese Gedanken zum Ausgangspunkt nehmend, sollen in diesem Heft der VAW weitere Wege der Staatsfinanzierung diskutiert werden, welche zur Deckung steigender Bedarfe im Zusammenhang mit der sozial-ökologischen Transformation bzw. den Folgen der demografische Entwicklung im Wohlfahrtsstaat beitragen sowie der zunehmenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen entgegenwirken. Es sind also Vorschläge gefragt, die die Finanzierungsstrukturen zukunftsfest machen, so dass sie zur Bewältigung der skizzierten großen Herausforderungen beitragen können.

Entsprechend bitten wir um deutsch- oder englischsprachige Beiträge, welche vor diesem Hintergrund

- Grundlinien nachhaltiger Staatsfinanzierung systematisch aufzeigen und diskutieren
- Einzelne Besteuerungsformen, wie z.B. Vermögen-, Kapital-, Erbschafts- oder auch Unternehmenssteuern sowie an Emissionen und Umweltverbrauch ansetzende Steuern und Abgaben,
 - hinsichtlich ihres Potentials für eine zukunftsorientierte Staatsfinanzierung analysieren,
 - mit Blick auf globale und internationale Bedingungen und Restriktionen bzw. Koordinationsversuche untersuchen, wie z.B. die europäische Unternehmenssteuer, die Bepreisung von CO₂-Emissionen oder die Besteuerung hoch Vermögenger,
 - die bestehende empirische Evidenz sorgfältig aufarbeiten und/oder eigene empirische Evidenz zu den vielfach prognostizierten negativen Wirkungen und Gefahren dieser Besteuerungsformen, wie z.B. die Migration der Besteuerten/von Unternehmen oder die Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit, liefern sowie Rahmenbedingungen herausarbeiten, wie diese vermieden werden können

Autorinnen und Autoren, die gerne einen Aufsatz beisteuern möchten, schicken bitte sobald wie möglich, aber nicht später als bis zum **1. März 2026** eine kurze Skizze zum geplanten Beitrag (etwa 1/2 Seite) an die Herausgebenden – Irene Dingeldey (dingeldey@uni-bremen.de) und Margit Schratzenstaller (margit.schratzenstaller@wifo.ac.at) – sowie die Redaktion, also Mareike zum Felde (vaw@uni-bremen.de). Die Rückmeldung erfolgt innerhalb von zwei Wochen.

Wir akzeptieren englisch- und deutschsprachige Beiträge. Die fertigen Manuskripte, die eine Länge von 40.000 Zeichen (vierzigtausend) nicht überschreiten sollen, müssen in der Erstfassung bis zum **1. Oktober 2026** eingereicht werden. Es schließt sich ein maximal zweistufiger Peer Review- und Überarbeitungsprozess an. Die Texte können nur im Word-Format eingereicht werden. Abbildungen benötigen wir als separate Dateien und in reproduktionsfähiger Qualität. Der Band „**Staatsfinanzierung – Nachhaltigkeitsorientierte Vorschläge zur Bewältigung der Herausforderungen aktueller Transformationen**“ der Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung soll voraussichtlich **Ende März 2027** erscheinen.

Zu den *Vierteljahresheften zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung (VAW)*

<https://www.duncker-humblot.de/zeitschrift/vierteljahreshefte-zur-arbeits-und-wirtschaftsforschung-vaw-30>

greifen aktuell wichtige Themen der Wirtschaftspolitik sowie der Arbeitsmarktentwicklung, auf und beleuchten sie aus einer angewandt wissenschaftlichen Perspektive. Dieser Leitidee verpflichtet, bündeln die VAW die Analysen der anwendungsorientierten Forschung zu arbeits- und wirtschaftspolitischen „Baustellen“ sowie zu zentralen Zukunftsfragen in einem Themenband. Deutschsprachige und internationale Forscherinnen und Forscher kommen zu Wort. Neben der Anwendungs- und Praxisorientierung sieht sich die Zeitschrift auch den Zielen von Pluralität, Wissenstransfer und Relevanz verpflichtet.

In der Tradition der früheren Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung stehend, zielen die Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung (VAW) darauf, Orientierungshilfe zu komplexen wirtschaftspolitischen Themen zu geben. Arbeitsbezogene Thematiken wie Arbeitskraftnachfrage, Aus- und Weiterbildung oder auch spezifische Aspekte der Personalpolitik werden dabei ebenso betrachtet, wie Finanz- und Transformationsthemen. Auch in Zukunft ist es das Ziel, in den genannten Bereichen neue Perspektiven und praxisorientierte Lösungsoptionen aufzuzeigen. Ein besonderer Anreiz für die Publikation in der VAW ist für einige vielleicht auch, dass sie Dank der Förderung der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft ab 2025 im **Diamant Open Access** erscheinen wird. Damit entstehen den Autor:innen keine Kosten und für Leser:innen sind die Artikel frei verfügbar.